

Pressemeldung | 02.07.2020

## Protest vor dem Bundesrat – Sexarbeiter\*innen und Bordellbetreiber\*innen fordern ein Ende des Berufsverbots

**Termin: 3.Juli – 11:00 Uhr - Bundesrat, Leipziger Straße 3-4, 10117 Berlin**

Am 03.07. ist der letzte Sitzungstag des Bundesrates vor der Sommerpause. Die Sexarbeitsbranche steht immer noch unter Arbeitsverbot und braucht eine Perspektive. Deshalb protestiert der Berufsverband für Sexarbeiter\*innen (BesD e.V.) gemeinsam mit dem Bundesverbands für Betreiber\*innen (BSD e.V.) vor dem Deutschen Bundesrat.

In Deutschland profitieren bereits nahezu alle Branchen von Corona-Lockerungen. Unter anderem durften Friseurläden, Massagesalons, Kosmetikstudios, Tantrainstitute, Fitnessstudios, Tattooläden, Saunen, Gaststätten und Hotels wieder öffnen und je nach Bundesland sind Veranstaltungen mit mehr als 50/100/300 Personen wieder erlaubt. Ungeachtet dessen, dauert die Schließung der Prostitutionsstätten deutschlandweit weiter an.

Dieser fortwährende Lock-Down erscheint angesichts der Entwicklungen in anderen Branchen unverständlich:

- Sexarbeit findet in der Regel in einem 1:1 Kontakt zwischen Sexarbeiter\*innen und Kund\*innen statt. Sowohl der BesD e.V. als auch der BSD e.V. haben in Zusammenarbeit mit Gesundheitsämtern Hygienekonzepte für die Sexarbeit innerhalb (z.B. Apartmenthaus, Bordell, Laufhaus) und außerhalb (z.B. Escort, Straßenstrich) von Prostitutionsstätten erarbeitet.
- Es ist nicht nachvollziehbar, dass Corona-Schutzmaßnahmen zwar in einem Massagesalon, aber nicht in einem Bordell umsetzbar sein sollen. Prostitutionsstätten unterliegen besonders rigiden Auflagen und sind verpflichtet, den bei ihnen tätigen Sexarbeiter\*innen ein geschütztes, hygienisches Arbeitsumfeld zu bieten.

Während Nachbarländer wie die Schweiz, Belgien, Österreich, Tschechien und die Niederlande Sexarbeit bereits insgesamt wieder erlaubt haben, bietet die hiesige Politik keine Perspektiven für die Wiedereröffnung von Prostitutionsstätten und beraubt damit den Großteil der Sexarbeitenden ihrer Arbeitsplätze.

Entgegen der Behauptungen von Prostitutionsgegner\*innen ist die Corona-Krise keine „Chance“ für die Einführung eines Sexkaufverbots und damit die Illegalisierung einer gesamten Branche, sondern vielmehr eine Gelegenheit die Gemeinsamkeiten von Sexarbeit mit anderen Branchen zu erkennen und stigmatisierende und ineffektive Sondergesetze wie das ProstituiertenSchutzGesetz abzuschaffen.

### Kontakt und Nachfragen:

- Johanna Weber, politische Sprecherin | [johanna@besd-ev.de](mailto:johanna@besd-ev.de) | 0151 – 1751 9771
- Lilli Erdbeermund, Pressebüro | [presse@besd-ev.de](mailto:presse@besd-ev.de) oder → [Presseanfrage über Website](#)